Die Partei

aller

Schaffenden

A 00 - 06428

A00-06428

Die Entwicklung der modernen Gesellschaft hat zum Monopol-Kapitalismus geführt, der die Interessen einer dünnen Oberschicht im Volke vertritt und sich keinen Deut darum kümmert, wie es den Schaffenden aller Volksschichten ergeht. Hemmungslos, ohne jede Verantwortung, haben diese Industriekapitäne und Wirtschaftsführer, verbündet mit den Herren von Bank und Börse, das deutsche Volk ins Elend gelogen und gejagt. Allgemeiner sozialer, geistiger und moralischer Verfall sind das Erbe dieser gewissenlosen Politik geworden.

Wo sind nun diese Herrschaften nach dem Zusammenbruch des Nazisystems geblieben? Welche Konsequenzen haben sie aus ihrer verantwortungslosen Politik gezogen?

Auf diese Frage kann schon eine flüchtige Beobachtung der bürgerlichen Parteien die richtige Antwort geben. Hier holt man die alten Ladenhüter des seligen Reichsverbandes zur Bekämpfung der Sozialdemokratie wieder hervor. Waren es früher Thron und Altar, die man angeblich schützen wollte, so ist es heute Religion, Familie, persönliche Freiheit usw., die man angeblich nur durch die Politik der bürgerlichen Parteien vor der roten Flut schützen kann. Alle Register werden gezogen, um ein Volk, das durch 12 Jahre Nazipropaganda getrieben wurde, und in seinen jüngeren Altersschichten den Sozialismus nur durch die Nazibrille kennengelernt hat, in eine antisozialistische Front zu treiben.

Der auch für den einfältigsten Deutschen heute notwendige sozialistische und demokratische Neubau Deutschlands, der sich vor allem gegen das in den Grund- und Monopolindustrien organisierte Kapital richten muß und nur durch Sozialisierung dieser Industrien gesichert werden kann, wird durch Demago-

gie und politische Intrigen bekämpft, wobei man sich nicht scheut, Querverbindungen mit kapitalistischen Kreisen in den Siegerstaaten herzustellen.

Die furchtbare soziale Not unserer Tage läßt aber alle kapitalistische Rückständigkeit zu Schanden werden. Gegen diese Not helfen nur radikale Maßnahmen, für deren Anwendung nur die Wohlfahrt des gesamten Volkes maßgebend sein muß.

Für die selbständigen Schaffenden aller Volksschichten, für die Angestellten und Beamten aller Berufe hat Hans-Josef Mauschewsky in der folgenden sozialen und ökonomischen Untersuchung Weg und Ziel in eine bessere Zukunft gezeigt.

Welche Forderungen der verantwortungsvolle und aufmerksame Leser daraus zieht, ist seine Sache. Aber von der Verantwortung, die jeder trägt, wird ihn niemand freisprechen können, denn hier, im Einhalten des richtigen Weges, liegt unsere letzte Chance. Und die geschichtliche Aufgabe der SPD ist heute, durch Gewinnung des Mittelstandes den Weg für den sozialistischen und demokratischen Neubau Deutschlands freizumachen.

ARBEITER UND MITTELSTAND

Der Begriff „Arbeiter" hat sich im Laufe der gesellschaftlichen Entwicklung dauernd verändert. In der vorkapitalistischen Zeit bildete bei den Handwerkern und Bauern die Arbeit noch eine Einheit. Sie erforderte lange Lehrzeit, geistige und körperliche Fähigkeiten und tüchtige Arbeiter waren meist ausgeprägte Persönlichkeiten. Einem solchen Arbeiter wurde persönliche Achtung, Ehre und oft auch Wohlstand zuteil. In der Frühzeit des Kapitalismus mit der Einführung der Maschinen und der Spezialisierung der gesamten Produktion wurde diese Einheit zwischen Arbeiter und Beruf aufgehoben. Die Produktion gliederte sich in einfache handwerkliche Tätigkeit und in schöpferische und leitende Arbeit. Das

hatte wieder eine unterschiedliche, gesellschaftliche und materielle Bewertung zur Folge und brachte eine Aufspaltung der gesamten Arbeitnehmerklasse. Der Begriff „Arbeiter" beschränkte sich auf den gelernten und ungelernten, körperlich tätigen Lohnarbeiter. Körperliche und maschinelle Arbeit in Landwirtschaft, Industrie, Handel und Verkehr wurde mit dem Makel der Armut und Mißachtung belastet. Für die Kapitalisten war die Arbeit der Schaffenden nur ein Mittel, um gesellschaftliche Macht und Reichtum für sich zu erringen. **Ein reicher Tagedieb zu sein, der die Früchte der Schaffenden bedenkenlos verschwendet, galt nicht als Schande, sondern war das lockende Ziel vieler Kapitalisten.**

Die Zahl der als Lohnarbeiter registrierten stieg von 8 344 000 im Jahre 1882 auf 14 950 000 im Jahre 1933, also um etwa 85 vH. Der prozentuale Anteil an der Gesamtzahl der Beschäftigten blieb aber seit 1882 mit 49,4 vH. und 46,3 vH. im Jahre 1933 ziemlich konstant.

Durch den unermüdlichen Kampf der Sozialdemokratie, um Hebung der materiellen, kulturellen und politischen Lage der arbeitenden Klasse hat sich deren gesellschaftliche Lage aber soweit geändert, daß die Abgrenzung der Arbeiter von den anderen schaffenden Menschen immer mehr verwischt wurde.

Dieser Kampf der Sodialdemokratie formte aus der von den Besitzbürgern verächtlich behandelten plumpen, ungebildeten Masse oft Menschen von hohem, sittlichem und geistigem Wert. An diesem geschichtlichen Verdienst der Sozialdemokratie hat auch der Rückfall in die barbarische Lebensauffassung des Faschismus nichs geändert. Es gab handarbeitende Berufe, deren sozialer und kultureller Lebensstandard über das Niveau vieler Mittelständler hinausgehoben wurde. Damit hat sich der sozialistische Begriff „Hand- und Kopfarbeiter" langsam aber wirksam durchgesetzt. Heute fassen wir unter den Begriff Arbeiter alle

schaffenden Männer und Frauen zusammen, die an der Erzeugung wirtschaftlicher und kultureller Werte zur Befriedigung des allgemeinen Bedarfs teilnehmen.

Alle Versuche, auch heute wieder den Begriff „Arbeiter" auf den körperlich Tätigen zu beschränken, diesen Begriff zu einem minderwertigen zu machen, muß als reaktionärer Versuch bekämpft werden. **Heute gibt es hier nur zwei Begriffe, Arbeiter oder Faulenzer.**

ANGESTELLTE UND BEAMTE

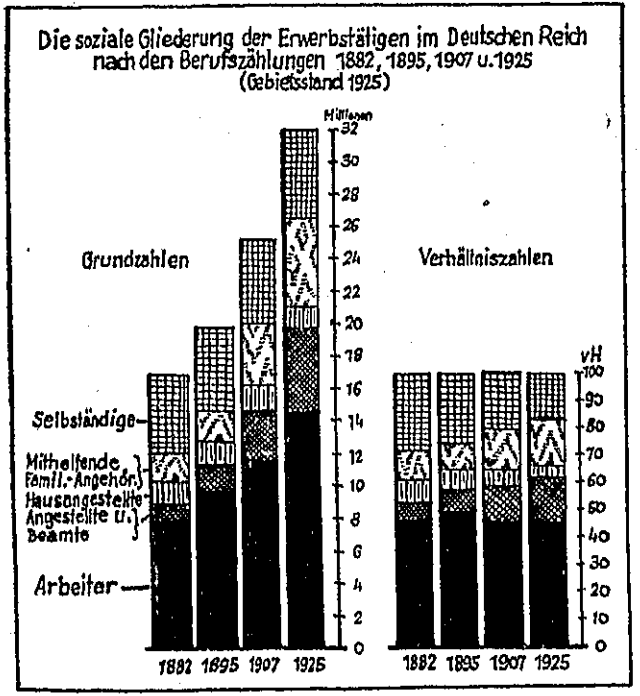
In der modernen kapitalistischen Gesellschaft erlebten vor allem die Technischen, Kaufmännischen und Verwaltungsangestellten und die Beamten den stärksten Aufstieg. Es sind eben nicht die handarbeitenden Berufe, sondern, wie wir immer wieder sehen werden, die Berufe in Handel, Verkehr und Verwaltung und die im ganzen Kultursektor, die an Zahl immer mehr zunehmen.

Die Zahl der Angestellten und Beamten stieg z. B. von 1882 bis 1933 von 1 183 000 auf 5 513 000, eine Steigerung von etwa 500 vH. Der prozentuale Anteil in der Gesamtzahl der Beschäftigten steigerte sich damit von 7 vH. im Jahre 1882 auf 17,1 vH. im Jahre 1933.

Auf diese Entwicklung wies schon kein geringerer als Karl Kautsky hin, und auch das Heidelberger Programm der SPD nahm in den folgenden Sätzen darauf Bezug:

„Zugleich wächst mit dem Vordringen der Großbetriebe in der Wirtschaft Zahl und Bedeutung der Angestellten und Intellektuellen jeder Art. Sie üben in dem vergesellschafteten Arbeitsprozeß die Leistungs-, Ueberwachungs-Organisation und Verteilungsfunktionen aus. Sie fördern durch wissenschaftliche Forschung Produktionsmethoden.

Mit dem Anwachsen ihrer Zahl verlieren sie aber immer mehr die Möglichkeit des Aufstiegs in privilegierte Stellungen und ihre Interessen stimmen in steigendem Maße mit denen der übrigen Arbeiterschaft überein."



Die Entwicklung dieser Volksschichten während der vergangenen Jahrzehnte hat die Wahrheit der letzten Sätze des Heidelberger Programms der SPD immer wieder aufgezeigt. Leider glaubten aber diese Schichten ihr antikapitalistisches Interesse nicht durch die

Sozialdemokraten, sondern über den Irrweg des faschistischen, sogenannten nationalen Sozialismus zu wahren. Der Faschismus fand dann auch in diesen Schichten zuerst den großen Teil seiner Anhänger. Heute sind diese Menschen erstaunt und empört, daß der Faschismus nur Vorspanndienste für den Monopolkapitalismus leistete und sie selbst in barbarisches Elend führte.

Aber das ganze arbeitende Volk mußte diesen Umweg teuer bezahlen. Wäre es der Sozialdemokratie schon vor 1933 gelungen, diese Mittelschichten aufzuklären, dann wäre dem ganzen Volke dieses Kriegselend erspart geblieben. Wir erlebten heute dann einen unvorstellbaren Wohlstand und der niedrigste Lebensstandart wäre unzweifelhaft höher, als es zurzeit des Frühkapitalismus, der des gehobenen Bürgertums war. Für die Beamten, als dienende Glieder und Angestellte des Volkes muß sich die Verbundenheit mit den Interessen des Gesamtvolkes von selbst ergeben. Der kapitalistische Eingriff gegen die Beamten ist so unmißverständlich wie nur möglich. Erst unter sozialdemokratischem Einfluß nach 1918 ist die wirtschaftliche Stellung, vornehmlich der unteren Beamten, eine menschenwürdige geworden. Durch den sozialen Rückschlag in unseren Tagen sind auch die wohlerworbenen Rechte dieser Schichten stark gefährdet. Der SPD-Parteitag in Hannover fordert deshalb:

„Die Beamten und Angestellten der öffentlichen Körperschaften sind durch ein einheitliches Dienstrecht und durch Erhaltung ihrer Staatsbürgerrechte zu schützen."

Gibt es aber noch einen Mittelstand im alten Sinne? Durch die Begriffsbestimmung „Mittelstand" wird die Tatsache der Klassenspaltung in der modernen Gesellschaft zum Ausdruck gebracht. Die Kapitalisten, die der Sozialdemokratie die Erfindung des Klassenkampfes vorwerfen, schmeicheln selbst aber dem Mittelstand als besondere Klasse, um ihn für sich als

Schutztruppe im sozialen Kampf auszunutzen. Sie werfen dabei der Sozialdemokratie die Ausrottung des Mittelstandes vor. In Wahrheit ist die Bildung des Monopolkapitalismus die einzige große Gefahrenquelle für diesen Mittelstand.

Auf dem SPD-Parteitag 1946 in Hannover hat der bekannte Wirtschaftspolitiker der SPD, Viktor Agartz, in den nachfolgenden Sätzen die Rolle des Monopolkapitalismus deutlich zum Ausdruck gebracht. Er sagte:

„Mit der Beseitigung des Konkurrenzprinzips und mit der Bildung des Monopolkapitalismus wurde aus dem Preiskampf ein Preisdiktat, aus dem Marktgesetz ein Marktdekret, aus dem ursprünglich natürlichem Wettbewerb eine Vereinbarung auf Kosten Dritter, aus einem Kampf um den Kunden ein Kampf gegen den Kunden und aus der Produktionsausdehnung eine Produktionsdrosselung."

Die Krönung dieser Politik der Industriellen und agrarischen Monopolkapitalisten war dann die von ihnen entfesselten Weltkriege, in denen vor allem das Eigentum des Mittelstandes zerstört wurde. Besonders in den Zeiten des Dritten Reiches hat die Entwicklung des Monopolkapitals in Deutschland vorher nie geahnte Formen angenommen und die Leidtragenden waren mit dem deutschen Volke in erster Linie die Mittelschichten. **Es sind die Krupp, Thyssen, Siemens und andere Kapitalisten gewesen, für deren Interessen sich die angeblich mittelstandsfreundlichen Rechtsparteien ins Zeug legten, von denen sie finanziell und geistig ausgehalten wurden.**

Auf die Frage nun, wer gehört zum Mittelstand?, ist zu antworten, daß zuerst dazu gehörten: die Besitzer kleiner Betriebe und Geschäfte, Aerzte, Künstler, Rechtsanwälte, Wissenschaftler, Rentiers, Mietshäuserbesitzer und die selbständigen Handwerksbetriebe.

Dieser Mittelstand, der sich also in der Hauptsache aus den selbständigen Schaffenden zusammensetzte, hatte im Jahre 1882 4 331 000 Angehörige, im Jahre

1933 waren es 5 303 000, das waren nur noch 16,4 vH. der Gesamtbeschäftigten, ein Rückgang gegenüber 1882 um ungefähr 33 vH. In diesen Zahlen sind auch die leitenden Angestellten und Beamten enthalten.

Der Mittelstand ist heute in seiner ursprünglichen Bedeutung verändert. Der moderne Kapitalismus gab ihm ein anderes ökonomisches Gesicht. Er umfaßt nicht mehr wie früher die Unabhängigen und gut Situierten, sondern zum größten Teil wirtschaftlich Abhängige mit oft niederem Einkommen. Hierzu sind auch die 1 400 000 Handwerksbetriebe und die etwa 3 000 000 Klein- und Bauernbetriebe zu rechnen.

Aus Pietät, Haltungsbedürfnis und falscher Einschätzung ihrer sozialen Lage rechnen sich Millionen zum Mittelstand, die ihrer Stellung und ihrem Einkommen nach nicht mehr dazu gehören. Sie ziehen nicht die Konsequenz mit der Arbeiterschaft, mit der sie einkommensmäßig immer mehr zusammengehören, gegen den wirklichen Feind, gegen das Monopolkapital zu gehen. Sie haben es noch nicht begriffen, daß es für das Monopolkapital heute nicht mehr genügt, die Lasten der sozialen Krise allein auf die Arbeitnehmer aufzuwälzen, sondern das auch sie — die Mittelschichten — werden bluten müssen.

Es ist verständlich, wenn der Mittelstand auf die revolutionären Veränderungen in Wirtschaft und Gesellschaft mit dem Wunsche nach den guten alten Zeiten, reagieren. Wir Deutschen lassen uns alle im politischen Leben leicht von unseren Wunschbildern leiten. Hier lag die große Chance der Nazis. Von hier aus haben sie ihr Drittes Reich propagandistisch vorbereitet. Das Resultat — ist die grauenvolle Wirklichkeit unserer Tage — und das sollte auch dem Leichtgläubigsten die Augen geöffnet haben.

Hinzu kommt heute das Treiben der Kriegsgewinnler, Schieber und Schwarzhändler, die oft in wenigen Wochen mehr verdienen als ein Mittelständler sich in jahrelangem Mühen und Sparen zusammenarbeiten kann.

Die Intelligenz des tatsächlichen Mittelstandes aber stellt sich mehr und mehr auf die Seite des Fortschritts und des Sozialismus, fühlt sich als ein Teil des gesamten schaffenden Volkes und faßt die Arbeit im höchsten Sinne nach den Worten von Ernst Wildenbruch auf:

„Nicht zum Erraffen und zum Erjagen,
nicht um blutende Wunden zu schlagen —
um zu erbauen die bessere Welt,
dazu, als Brüder den Brüdern gesellt,
dienet die Arbeit."

Gerade vom Gesichtspunkt der Einkommensverhältnisse zeigt sich eine radikale Verwischung der unteren und mittleren Volksschichten schon vor dem Kriege. Die Verhältnisse nach dem Kriege sind statistisch noch nicht zu übersehen, daß der Krieg aber einen gewaltigen Ruck nach unten brachte, weis ein jeder heute auch ohne Statistik. Wir wollen hier auf die Millionen Flüchtlinge und Ausgebombten hinweisen, die nicht nur Eigentum und Existenz, sondern oft auch ihre Heimat verloren haben.

Nach der letzten Einkommensstatistik vom Jahre 1934 hatten 29,2 Millionen Beschäftigte, das sind 92 vH. aller Erwerbstätigen, ein monatliches Einkommen bis 250 RM., ein Einkommen von 250 RM. bis 2000 RM. pro Monat hatten 7,9 vH. der Erwerbstätigen. Das ist eine Zahl, die weit unter dem Prozentsatz derjenigen liegt, die sich heute zum Mittelstand zählen. **Nur 32 000 Erwerbstätige hatten ein Einkommen über 2000 RM. im Monat.**

Wenn diese tatsächlichen Einkommensverhältnisse ihren politischen Niederschlag finden würden, dann wäre das soziale Machtverhältnis heute eindeutig zu Gunsten der Sozialdmokratie entschieden.

Aber auf Grund ihrer gesellschaftlichen Beziehungen und ihres finanziellen Einflusses erkaufte sich eine kleine Klasse von Kapitalisten durch die Beherrschung

von Film, Rundfunk, Presse, Parteien und den Regierungen den machtpolitischen Einfluß.

Der Name Hugenberg braucht hier nur genannt zu werden, um jedem klar zu machen, wie diese Herren des Monopolkapitals ihre Politik machten. Mit jeder Tonne Kohlen, die wir von den Bergherren an der Ruhr kaufen mußten, haben wir damals alle unseren Beitrag für den Wahlfonds der NSDAP zahlen müssen und was wir heute noch zu zahlen haben werden, wissen nur die Götter.

Für unsere Stellung zu den bürgerlichen Parteien aber nur die Worte Kurt Schumachers:

„Ich glaube nicht, daß die Ideen des christlichen Sozialismus, der grundsätzliche Wille zur Demokratie, sich mit einer Politik vereinbaren läßt, die vollen Tatsachen zu verteidigen, möge entstehen, was daraus will."

Nur im demokratischen Zusammenstehen des ganzen großen Arbeitsvolkes, für Demokratie, für den Sozialismus, wird die Möglichkeit jeder brutalen Diktatur und jede kriegerische Raubabsicht gegenstandslos.

Dann wird die Frucht der Arbeit dem schaffenden Menschen gesichert sein und erst im Sozialismus kann sich der Stolz auf Beruf und die Leistung im Beruf voll entfalten.

IST DIE SPD DIE PARTEI EINER EINZELNEN BERUFSGRUPPE?

Der Hamburger Oberbürgermeister Petersen behauptete in einer Rede, „die Sozialdemokratie vertritt in erster Linie die Interessen der Handarbeiter, wie Dr. Schumacher noch kürzlich betont hat". Wenn das richtig ist, wäre die obenstehende Frage schnell beantwortet und die SPD eine Partei der Hand- oder Industriearbeiter. Der Vorsitzende der SPD, Kurt Schumacher, hat auf dem Parteitag in Hannover in der Kundgebung des Parteitages aber klar zum Ausdruck gebracht, daß die SPD die Interessen des ganzen schaffenden Volkes vertritt, wenn sie sich auch selbstverständlich an erster Stelle für die ärmsten Volksteile einsetzt.

Schon Friedrich Stampfer, der frühere Chefredakteur des Vorwärts, hat bei Beantwortung dieser Frage vor Jahrzehnten folgendes geschrieben:

„Die Sozialdemokratie wird nie verleugnen, daß sie von Haus aus eine Partei von Industrie-Proletariern ist, denn in den modernen Industrie-Unternehmungen kommt der Gegensatz zwischen Kapital und Arbeit am sinnfältigsten zum Ausdruck, hier schlug zuerst der Blitz des sozialistischen Gedankens ein." Darüber hinaus stellte er aber weiter fest:

„Mit ideellem Eifer strebte sie stets über diese Grenzen hinaus zur Zusammenfassung aller körperlich und geistig Schaffenden, fühlte sie sich als politischer Anwalt aller, die an dem ungeheuren Arbeitsprozeß der Wirtschaft mit Hirn und Hand beteiligt sind, und so hat sie faktisch längst aufgehört, eine Partei nur von Industrie-Proletariern zu sein. Angehörige aller Schichten und Berufszweige der deutschen Arbeitsarmee haben sich unter ihren Fahnen gesammelt.

Das Industrieproletariat selbst hat aber auch begriffen und begreift immer klarer, daß es der Bundesgenossen aus anderen Arbeitsschichten bedarf, weil es allein weder die Mehrheit im Reiche und damit die politische Macht erringen, noch die Arbeit im sozialistischen Aufbau zu leisten im Stande ist. Darum hat die SPD allen Schaffenden die Tore weit geöffnet, sie will alle zusammenfassen zu gemeinsamen Erkenntnissen und Zielen, zur

„Kampfgemeinschaft für Demokratie und Sozialismus".

Schon die Begründer des wissenschaftlichen Sozialismus, Karl Marx und Friedrich Engels, stammen aus dem alten Bürgertum. Der eine ist der Sohn eines angesehenen Rechtsanwaltes und Engels ist der Sohn eines Barmer Fabrikanten. Leider hat aber das Bürgertum die geschichtliche Mission zum Sozialismus, die Idee von zweien seiner größten Söhne, nicht aufgegriffen. Im Gegenteil, es hat sich von Aristokraten und Monarchen für die verkommenen feudalen Interessen mißbrauchen lassen. Es hat damit seine eigenen bürgerlichen Freiheitsideale an die Herrschaftsmethoden des feudalen Absolutismus schon 1848, später 1918 und restlos dann 1933 verraten.

Es hatte in seinem eigenen Kampf gegen den Feudalismus sofort kehrt gemacht, als die aufstrebende Arbeiterklasse ihre Forderungen auf Menschlichkeit, Glück und Freiheit in der Revolution von 1848 in die Oeffentlichkeit trug. In den darauffolgenden Jahrzehnten ist dann die Entwicklung der Arbeiterklasse zum Unglück für das Deutsche Volk im Gegensatz zur bürgerlichen Entwicklung vor sich gegangen. Wir haben dann alle den katastrophalen Zusammenbruch dieser sozialen Entwicklung in der Niederlage des Faschismus erlebt. Hier wurden Millionen Menschen, Angehörige aller Berufsschichten, in den Abgrund gerissen. Alle der Sozialdemokratie angedichteten Fehler und Schrecken verblaßten vor der kapitalistischen Realität. Noch schaudern wir vor der Barbarei, in die das ganze Volk gestürzt wurde, und trotzdem sind heute verblendete Besitzbürgervertreter schon wieder dabei, an die Tradition des Verrats von 1848 anzuknüpfen.

Sie wollen, wie es in der sozialdemokratischen Kundgebung vom Parteitag in Hannover formuliert ist:

„den Versuch unternehmen, den sozialistischen Konsequenzen der Demokratie entgehen".

Nach dem Grundsatz: „Teile und Herrsche" wollen wieder die Vertreter des Großkapitals das schaffende

Volk in seine Berufsschichten aufspalten, um es so leichter für ihre Interessen mißbrauchen zu können. Bis heute ist es ihnen leider immer wieder gelungen, die schaffenden Menschen gegeneinander zu führen und dann als lachende Dritte die Erfolge davonzutragen.

In Wirklichkeit ist in der vergesellschafteten Produktion und im allgemeinen Verbrauch eine Arbeitsschicht von der anderen abhängig. Das Wohl der einen wird auch das Wohl der anderen sein. Auf die Dauer kann sich in dieser Gesellschaft niemand auf Kosten der anderen Schichten bereichern, ohne das allgemeine Wohl zu schädigen. Die Auswirkung der kapitalistischen Krisen — Kriege, Kriegsvorbereitungen, Zerstörungen, Arbeitslosigkeit — sind eine Folge rücksichtslosen, kapitalistischen Provitstrebens, durchgesetzt gegen das Wohlergehen des gesamten schaffenden Volkes.

Im Zeitalter der Atombombentechnik wird eine solche Politik aber nicht nur die Existenz einer Berufsschicht oder einer Klasse, sondern die Existenz des ganzen Volkes aufs Spiel setzen und — wie es in Deutschland so oft geschah — auch verspielen.

DIE SPD IST NICHT MITTELSTANDSFEINDLICH

Es sind die alten kapitalistischen Täuschungsmanöver, wenn der Sozialdemokratie unterstellt wird, daß ihre Politik im Gegensatz zu den Interessen des Mittelstandes steht.

In den Zeiten der Republik von Weimar, wo der Einfluß der Sozialdemokraten in der Reichsregierung so groß war, daß diese die politische Linie stärker beeinflußten, ist es dem gesamten Volke und damit auch dem Mittelstand gut gegangen.

Unter der letzten Regierung mit einem Sozialdemokraten, dem Reichskanzler Hermann Müller an der Spitze, in den Jahren 1928/29 hatten wir das höchste

Volkseinkommen. Es erreichte damals eine Höhe von 75,949 Milliarden Goldmark. Auch der Außenhandel erreichte in diesen Jahren seinen höchsten Stand. Die Ein- und Ausfuhr Deutschlands betrug 28,4 Milliarden Goldmark.

Bei dieser günstigen Entwicklung in der gesamten Volkswirtschaft war z. B. der Handel mit 6 Milliarden und das allgemeine Gewerbe mit etwa 12½ Milliarden Einkommen beteiligt. Das war bisher das höchste Einkommen, welches diese den Mittelstand bildende Schichten erreichen konnten.

Aber den Großgrundbesitzern, den Herren von Kohle und Eisen, sowohl den Großbesitzern und den Finanzgewaltigen paßte diese Politik des Sozialdemokraten Müller nicht. Den reaktionären bürgerlichen Parteien gelang es, durch geschickte Beeinflussung des rechten Flügels der Zentrums-Partei den Sozialdemokraten Müller zu stürzen, und ihn durch den Zentrumskanzler Brüning, mit seinen bekannten Notverordnungen gegen das Volk, zu ersetzen. Ueber die weiteren Schicksale der Brüning-Regierung brauchen wir uns heute nicht zu unterhalten, die sind jedem von uns, der die Dinge bewußt erlebt hat, bekannt. Aber auch heute, in der Sozialdemokratie nach 1945, wird die Bedeutung der selbständigen Bauern, Händler und Handwerker klar erkannt und vom Wirtschaftsfachmann der SPD, Viktor Agartz, wurde auf dem Parteitag in Hannover folgendes bekanntgegeben:

„Hauptträger der agrarischen Erzeugung muß der öffentlich wirtschaftende Bauer auf eigener Scholle sein. **Er ist ebenso wenig wie der Handwerker eine kapitalistische Erscheinung.** Auch der Handel ist an sich nicht kapitalistisch. Er wird ebenfalls in der sozialistischen Planwirtschaft bestimmte Funktionen zu erfüllen haben.

Bei der Neuordnung der deutschen Wirtschaft wird gerade dem Handwerker zukünftig eine besondere, wirtschaftliche Rolle zufallen. Nicht nur wird er bei der Behebung aller Zerstörungen des Krieges, beim Wiederaufbau der Städte usw., große Aufgaben vor sich sehen, seine Bedeutung wird auch gerade für den notwendigen Export durch die Herstellung von Qualitätserzeugnissen wachsen."

Allen entgegengesetzten Verleumdungen der Rechtsparteien zuwider wurde der Sinn der sozialdemokratischen Wirtschaftspolitik in der Parteitagskundgebung der SPD von dem Parteitage in Hannover wie folgt formuliert:

„Die deutsche Sozialdemokratie erstrebt mit ihrer Wirtschaftspolitik die ökonomische Befreiung der menschlichen Persönlichkeit, darum ist für sie der Sozialismus das Programm der Arbeiter, Angestellten, der geistigen Berufe und des Mittelstandes, **Der Sozialismus ist geboren aus der tiefen Sehnsucht der Menschen nach Freiheit und sozialer Gerechtigkeit.**

Die reine Marktwirtschaft des liberalen Kapitalismus hat sich in Wirklichkeit zur Marktdiktatur des Monopolkapitals entwickelt. Diese Diktatur hat die furchtbarsten sozialen Krisen zur Folge gehabt und wird weiter Krisen erzeugen, wenn die sozialistische Sehnsucht der Menschen vergeblich ist.

Nur durch richtige Erkenntnis der grundsätzlichen Aenderung der Lage der Mittelklassen können die selbständig Schaffenden, gemeinsam mit allen anderen schaffenden Deutschen, diese Diktatur brechen.

Notwendig ist aber: Eine sozialistische Wirtschaft durch planmäßige Lenkung und gemeinwirtschaftliche Gestaltung; eine Wirtschaft, die eine dem Volkswohl dienende Form der Produktion fordert, **unter besonderer Beachtung der wirtschaftlichen Selbstverwaltung aller Volksschichten.** An Stelle allmächtigen Gewinnstrebens muß der Vorteil der Allgemeinheit Grundlage und Richtung dieser Wirtschaftsform bestimmen.

Wir fordern deswegen: Sozialisierung der Bodenschätze und der Grundstoffe, d. h. des Bergbaues, der Eisen- und Stahlerzeugung und Bearbeitung bis zum Halbzeug; Sozialisierung der chemischen und synthetischen Industrien, der Versorgungswirtschaft, des Verkehrs-, Geld-, Kredit- und Versicherungswesens.

Eine Boden- und Grundbesitzreform in Stadt und Land muß diesen Neubau der deutschen Wirtschaft ergänzen.

Nicht sozialisiert wird: Die Werkstatt des Handwerkers, das Büro oder der Laden des Gewerbetreibenden, der Hof des selbstarbeitenden Bauern. **Das Eigentum dieser selbständig Schaffenden wird, wie alles durch eigene Arbeit erworbene Eigentum, unter den besonderen Schutz der neuen Gesellschaft stehen.**

Der Klein- und Mittelbetrieb hat in der neuen nach sozialistischen und demokratischen Grundsätzen orientierten Volkswirtschaft wichtige Aufgaben zu erfüllen. Durch individuelle Anpassungsfähigkeit und handwerkliche Qualitätsarbeit wird sogar der Export belebt werden können. Durch fruchtbare Entwicklung der Genossenschaften kann besonders der Kleinbetrieb sich viele Vorteile des kapitalstarken Großbetriebes aneignen. Genossenschaftlicher Zusammenschluß wird in der kommenden deutschen Wirtschaft eine allgemeine Notwendigkeit sein. Im gesunden Wettbewerb und durch genossenschaftliche Organisation werden sich auch die Einzelhändler mit den Verbrauchergenossenschaften auseinandersetzen, denn in der kommenden — ungeheuer verarmten deutschen Wirtschaft — werden sich nur die Volksschichten durchsetzen, die beides vereinen, **genossenschaftliche Selbsthilfe und persönliche Initiative.**

Im Gegensatz zu allem Gerede von Vermassung und Bürokratisierung durch sozialistischen Wirtschaftsneubau, wird gerade die persönliche Initiative hier über

den Erfolg entscheiden, daß diese Notwendigkeiten auch die des ganzen deutschen Volkes sind, muß jedem vorurteilsfreien Menschen klar sein. Die proklamatische Kundgebung der SPD auf dem Parteitag in Hannover schloß deshalb mit folgenden Zeilen:

> **„Die deutsche Sozialdemokratie schöpft das Vertrauen zu einer erfolgreichen Durchführung ihrer Politik daraus, daß heute das Klasseninteresse der deutschen Arbeitenden mit den Notwendigkeiten des ganzen deutschen Volkes und der Einsicht und dem Willen aller fortschrittlichen und freiheitlichen Menschen in der ganzen Welt zusammenfallen. Für uns schaffende Menschen ergeben sich diese Notwendigkeiten zunächst einmal aus der Konkursmasse der faschistischen Erbschaft, die Leib und Leben des deutschen Volkes bedroht, sie ergeben sich aus dem Kampf um den Lebensbestand des Volkes, um sein Existenzminimum, um das tägliche Brot, um Fett, Milch, Kartoffeln, Zucker, Fleisch und andere Nahrungsmittel, aus dem Kampf um Bekleidung und andere Bedarfsgüter, aus dem Kampf um den Neubau der Städte, um unserem Volke den notwendigen Wohnraum zu schaffen. Dem Wiederaufbau der Transportmittel und -wege muß sich die notwendige Substanzbildung in Landwirtschaft, Handwerk und Industrie anschließen. Die Sicherung und Reform unserer Währung und die richtige Verteilung der Kriegslasten sind hierfür eine Notwendigkeit."**

Wir müssen hier aber darauf hinweisen, daß alle fruchtbaren Ansätze zum Wiederaufbau unserer Wirtschaft und Gesellschaft bisher an dem Widerstande der Rechtsparteien gescheitert sind. Damit ist die Gefahr der Wertlosigkeit der Arbeit, der Zerstörung der sozialen Sicherheiten, des persönlichen Sparens und Aufwärtsstrebens, in unmittelbare Nähe gerückt.